

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 13. Juli 2020; Bericht

Am 13. Juli 2020 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Lateinamerika und Karibik (COVID-19) sowie Türkei.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP), Josep Borrell, die Lage in Libyen, der Nahostfriedensprozess, die Post-Cotonou-Verhandlungen, Hongkong, der Belgrad-Pristina-Dialog, Afrika, Venezuela sowie der Iran und Indien angesprochen.

Zu Libyen informierte HV/VP Borrell über seine Einschätzungen nach seinen rezenten Besuchen in der Türkei, in Zypern, Griechenland und Malta sowie seiner Teilnahme an der offenen Debatte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 8. Juli. Ich habe in diesem Zusammenhang die Kritik meines griechischen Amtskollegen an der destabilisierenden Rolle der Türkei unterstützt.

In der Diskussion zum Nahostfriedensprozess habe ich die Bedeutung von Kontakten zu den USA, der gesamten israelischen Regierung sowie den Palästinensern unterstrichen.

Die Kommissarin für Internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen, informierte über den Stand der Post-Cotonou-Verhandlungen. Ich habe angeregt, dazu eine substantielle RAB-Debatte im Format der AußenministerInnen zu führen, und habe insbesondere auf die Wichtigkeit der Migrationsthematik in diesem Kontext verwiesen.

Unter dem Tagesordnungspunkt Lateinamerika und Karibik (COVID-19) sprachen sich die Mitgliedstaaten für eine Verstärkung der EU-Bemühungen um politischen Dialog und Zusammenarbeit mit der gesamten Region aus – dies insbesondere in Anbetracht der

schweren Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Region sowie der zunehmenden Einflussnahme anderer Akteure. Zusätzlich zum „Team-Europe“-Paket (das als guter Startpunkt in der Bekämpfung der soziökonomischen Auswirkungen der Pandemie begrüßt wurde) solle die Zusammenarbeit mit den Partnern in der Region insbesondere mit Hinblick auf die Stärkung der bestehenden Wertegemeinschaft vorangetrieben werden. Darüber hinaus solle sich die EU v.a. in den Bereichen Klimawandel und Umweltschutz, Digitales und Kampf gegen Desinformation, Wissenschaft und Innovation sowie im Kampf gegen organisiertes Verbrechen engagieren.

Zum Tagesordnungspunkt Türkei berichtete HV/VP Borrell über seine rezenten Besuche in Zypern, Griechenland, Malta und der Türkei und sah die EU-Türkei-Beziehungen seit geraumer Zeit in einer Negativspirale. Hinzu komme die jüngste Ankündigung Ankaras, die Hagia Sophia in eine Moschee umzuwandeln. In der Diskussion teilten die Mitgliedstaaten zwar die Einschätzung des HV/VP Borrell, unterschiedliche Positionen bestanden allerdings hinsichtlich der bestgeeigneten weiteren Vorgehensweise, um die Türkei zu einer Verhaltensänderung zu bewegen. Ich habe die Ansicht vertreten, dass sich die EU-Türkei Beziehungen an einem kritischen Punkt befinden. Die vergangenen Monate waren von Provokationen seitens der Türkei, sei es in Libyen, Syrien oder im Nordirak, sowie Verstößen gegen das Völkerrecht gekennzeichnet. Besondere Sorge bereitet die sich kontinuierlich verschlechternde Menschenrechtssituation in der Türkei, u.a. was die Sicherheit von JournalistInnen betrifft. Ich wies darauf hin, dass der Zeitpunkt der im Vorfeld des RAB angekündigten Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee nicht zufällig gewählt worden sei und die EU diesbezüglich nicht naiv sein dürfe. Ein Dialog der EU mit der Türkei ohne klar fixierte Bedingungen sei keine Option, da die Türkei nahezu alles verletzt, wofür die EU steht – Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte. Schließlich habe ich an die bekannte Position Österreichs erinnert, die einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei fordert.

Unter „Sonstiges“ stellte Věra Jourová, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Werte und Transparenz, kurz die Gemeinsame EK/EAD-Mitteilung „Tackling COVID19 disinformation – Getting the facts right“ vom 10.6. vor.

Ratschlussfolgerungen wurden zu den Prioritäten der EU bei den VN und für die 75. Tagung der VN-Generalversammlung sowie zu den Prioritäten der EU für die Zusammenarbeit mit dem Europarat (2020-2022) angenommen. Zusätzlich wurden vom Rat angenommen:

- SatCen-Bericht 2014-2019 des Hohen Vertreters
- Streitkräftecatalog 2020
- Erklärung des ASEAN-Regionalforums (ARF) zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in der digitalen Wirtschaft
- Gemeinsame Erklärung EU-Indien zu Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft
- Vorschlag der EU für einen Fahrplan EU-Indien 2025
- Beschluss (GASP) 2020/1014 des Rates zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2018/905 zur Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für das Horn von Afrika
- Gemeinsame Erklärung im Namen der EU zu Handel und nachhaltiger Entwicklung mit den Staaten im Pazifischen Ozean
- Beschluss (EU) 2020/1067 des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Schweiz im Rahmen von Verhandlungen gemäß Artikel XXVIII des GATT 1994 über die Änderung der WTO-Zugeständnisse der Schweiz für gewürztes Fleisch
- Afghanistan: Verlängerung des Plans für ein gemeinsames Vorgehen Afghanistans und der EU in Migrationsfragen
- Überarbeitete Vereinbarung auf hoher Ebene zwischen der EU und Georgien (TEN-V-Verordnung)

Die Schlussfolgerungen der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

26. August 2020

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister